

daß Hilfe für einen Partner in Not eine dankbare Bindung an den Retter zeitigen könnte. Vor etwa zwei Monaten – der Wirtschaftsminister war während der Koalitionskrise um das Sparprogramm trotz allem Gerede von Wechsel und Wende bei der Stange geblieben – erging an den in heiklen Geschäften erfahrenen Sozialdemokraten Hans-Jürgen Wischniewski die Bitte, über eine „politische Lösung“ nachzudenken.

Gemeinsam mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Detlef Kleinert, Schatzmeister der FDP in Niedersachsen, sann Genosse Wischniewski über mögliche Wege aus der Gefahr nach. Schließlich zogen die beiden auch Fachleute aus der CDU/CSU-Fraktion ins Vertrauen. Bei ihren diskreten Zusammenkünften verfielen die Herren auf reizvolle und ausgefallene Ideen, die

den fort. Doch immer wieder stolperten die Herren über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1979, in dem den Parteien ausdrücklich bescheinigt wird, daß sie keine gemeinnützigen Institutionen seien und Parteispenden über den Freibetrag hinaus nicht steuerlich begünstigt werden könnten.

Dieses Urteil zu knacken hat sich die Allparteienrunde nun vorgenommen. Gedacht wird, die seltene Eintracht nutzend, an eine große Lösung – an die Änderung des Grundgesetzes, dessen Artikel 21 die Mitwirkung der Parteien „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ beschreibt.

In dieser Verfassungsvorschrift, so planen die V-Leute aus den drei Fraktionen, könnte zusätzlich vermerkt werden, daß der Staat die Aufgabe habe, den Parteien die Erfüllung ihrer vom Grund-

regelung müsse der Fiskus mithin ja nur die höheren Steuerausfälle ertragen.

Noch nicht einig wurden sich die Vertrauensleute der drei Fraktionen bei ihren bisherigen Telephonkontakten, bis zu welcher Obergrenze Parteispenden der neuen Art steuerlich abzugsfähig sein sollen. Mal ist die Rede von maximal hunderttausend Mark pro Person, mal denkt man an eine exakte oder annähernde Übernahme der Gesetzesregel, die für Spenden an gemeinnützige Vereinigungen gilt. Oberste Absicht aber bleibt, „den Richtern in Karlsruhe die Chance zu eröffnen“, so einer der Teilnehmer, „eine andere Rechtsprechung zu entwickeln“.

Über die hochwillkommene Nebenwirkung einer solchen Novelle reden die Herren nicht gerne: Es gäbe so etwas wie eine Amnestie für Steueründer. Denn gilt erst einmal ein neues Spendenrecht, hätte sich die Staatsanwaltschaft wohl umsonst so viel Arbeit gemacht.

FDP-Kleinert: „Eine Änderung des materiellen Rechts, wenn wir sie denn bekämen, hätte automatisch im wesentlichen Umfang zur Folge, daß anhängige Verfahren gegenstandslos werden würden.“

Ein führender SPD-Mann sagt es plattischer: „Wenn man die Todesstrafe abschafft und hat noch 15 Todeskandidaten im Knast, wird man die schwerlich noch hängen können.“

Helmut Schmidt aber scheint zu ahnen, wie es bei Bürgern und Wählern ankommt, wenn sich die Parteien jahrelang „wie im rechtsfreien Raum“ (ein SPD-Mann) bewegt, Geld angeschafft haben und nun, da sie erwischt werden, das Recht zu ihren Gunsten verändern wollen.

Der Kanzler gab den Mitgliedern seines Kabinetts zu verstehen, sich nur ja von der ganzen Angelegenheit fernzuhalten. Die Bundesregierung dürfe keinesfalls in die Affäre um die Parteienfinanzierung hineingezogen werden.

SPD

Etwas dünn

Mit einem Brief an „liebe Freunde“ eröffnete Annemarie Renger eine Attacke gegen Willy Brandt. Den SPD-Rechten geht seine Politik der Annäherung an Alternative, Grüne und Friedensbewegte auf die Nerven.

Der Kanzler selbst gab das Stichwort. Der, Helmut Schmidt, halte schon seit zehn Jahren die auf Integration bedachte Politik des Parteivorsitzenden für falsch.

Willy Brandt reagierte gelassen: Seine Politik habe ja wohl nicht verhindern können, daß die SPD nach 1971 einige Wahlen gewann.

Das war Ende September. In einer Präsidiumssitzung waren die beiden Spit-



SPD-Unterhändler Wischniewski: Nachdenken über eine politische Lösung

Affäre aus der Welt zu schaffen. So wurde erwogen, für die vielen hundert Steuerfrevler in Wirtschaft und Parteien eine Generalamnestie zu erlassen; aus Gründen der sozialen Symmetrie sollten Hausbesetzer gleich mit amnestiert werden. Vorbild wäre eine Generalamnestie aus dem Jahre 1949 gewesen, mit der all jene kleinen Sünder der Nachkriegszeit, die sich beim Kohlenklau oder Kartoffeldiebstahl auf dem Feld hatten schnappen lassen, von Strafe befreit wurden.

Dann aber obsiegte bei den Unterhändlern der drei Fraktionen die Einsicht, daß eine Amnestie für die Steuermanipulationen den Zorn der Wähler heraufbeschwören müßte; die Gefahr dämmerte, daß darüber, so einer der Beteiligten, „das ganze parlamentarische System zusammenkrachen kann“.

Deshalb setzte die ganz große Interessenkoalition die Suche nach anderen Pfa-

gesetz vorgeschriebenen staatspolitischen Pflichten zu erleichtern; und das vermog er am besten über eine Spenden-Neuregelung. Wenigstens im Trend sollte den Parteien ein gleicher Status wie den als gemeinnützig anerkannten Staatsbürgerlichen Vereinigungen zuerkannt werden.

Auch die Sorge der Verfassungsrichter, der Staat gewinne bei einer weitgehenden Finanzierung aus Haushaltsmitteln zu großen Einfluß auf die empfangsberechtigten Parteien, wollte der Allparteienklüngel berücksichtigen.

Das Argument: Das Verfassungsgericht habe einerseits bei der Kostenerstattung für Wahlkämpfe aus Etatgeldern schon eine Ausnahme gelten lassen. Andererseits bleibe es ja der Entscheidung des einzelnen Bürgers überlassen, wieviel Geld er einer Partei spenden wolle; bei einer großzügigeren Spenden-

zungenossen aneinandergeraten, weil sich Brandt weigerte, dem SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler – wie von Schmidt verlangt – die Mitwirkung an der Bonner Friedensdemonstration zu untersagen.

Doch damals ließen die beiden es bei dem Rededuell bewenden. Schmidt hatte mal wieder gezeigt, daß er Brandts Führungsstil ablehnt; Brandt hatte bewiesen, daß er sich um die Kritik seines Nachfolgers im Kanzleramt nicht schert.

Dennoch war der Auftritt symbolträchtig. Dahinter verbirgt sich der Konflikt, den die Parteirechten jetzt schüren. Die Anklagepunkte ihrer Kritik sind Epplers Auftritt auf der Bonner Friedensdemo, Protestaktionen gegen Atom-Anlagen und den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens oder auch die Extratouren der Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik.

Beim Richtungsstreit in der SPD geht es darum, ob die Partei dem Brandt-Kurs folgen und sich offenhalten soll für Staats- und Parteiverdrossene, für Umweltschützer und Friedensbewegte – kurzum: für die „Ökopaxler“ (NRW-Ministerpräsident Johannes Rau).

Die Rechten verlangen, daß die SPD ihre Toleranzgrenzen enger zieht, sich darauf konzentriert, dem Kanzler zu folgen. Die Partei, so ihre Forderung, solle sich auf alte Tugenden zurückbesinnen und sich allein auf ihre Stammklientel in der Arbeiterschaft verlassen.

Am 24. November machten die Tugendwächter für den Kanzler-Kurs mobil. Zur Gefechtsführerin ohne Auftrag schwang sich Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger auf. Die First Lady der SPD, eng liiert mit dem rechten Freundeskreis der Kanalarbeiter des innerdeutschen Ministers Egon Franke, verschickte „persönlich-vertraulich“ und mit respektheischendem Präsidial-Briefkopf ein Thesenpapier des Berliner Politologen Richard Löwenthal.

„Seit geraumer Zeit wird die Situation der Partei erörtert“, ließ sie die etwa 50 Empfänger wissen, die einem Kreis angehörten, „von dem wir annehmen, daß er diese Thesen unterstützt“. Das Papier solle „einer größeren Öffentlichkeit“ bekanntgemacht werden; und sie wäre, so hieß es in ihrem Brief, „dankbar, wenn wir hierfür Deinen Namen benutzen könnten“.

In den „sechs Thesen zur Identität der Sozialdemokratie“ spitzt Löwenthal, der als rechtes Korrektiv zu Eppler in der SPD-Grundwertekommission derzeit an ähnlichen Fragestellungen arbeitet, die Diskussion über den Kurs der Partei auf eine „Streitfrage“ zu: Entweder richte sich die SPD „nach dem Primat der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder einerseits oder dem Primat nichtindustrieller Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden andererseits“.



Brandt-Kritiker Wehner: Toleranzgrenze enger ziehen

Löwenthals Antwort: Nur „auf dem Papier“ gäbe es Kompromißformeln. „In der Praxis muß man wieder und wieder ausufernde ökologische Forderungen im Interesse des Rechts auf Arbeit begrenzen.“

Der Professor läßt keinen „Gegensatz zwischen industriellen Arbeitern, insbesondere Facharbeitern, und den Angehörigen der neuen ‚nachindustriellen‘ Schichten“, also vor allem den Jugendlichen, gelten. Er sieht eine andere Frontstellung: einerseits die „in der Arbeitsteilung unserer Gesellschaft eingegliederten Berufstätigen“, Lehrer und Pfarrer teilweise ausgenommen, und andererseits die „Aussteiger“, die entweder nicht arbeiten können oder nicht wollen, „weil sie die Freiheit wechselnder Beschäftigungen einer beruflichen Festlegung vorziehen, die sie als Beschränkung ihrer Selbstbestimmung empfinden“.

Sie leben, so Löwenthal, von staatlicher Hilfe oder von den Eltern, „sie handeln aus menschlich verständlichen altruistischen Motiven, aber sie leben überwiegend auf Kosten der berufstätigen Mehrheit“ – halt eben „parasitär“.

„Fehlenschätzung“ bescheinigt daher der Parteidenker denjenigen Sozis, die der SPD „die Aufgabe einer Integration

der neuen Welle ‚kritischer Jugend‘ stellen möchten. Denn: „Die Sozialdemokratie will die Industriegesellschaft fortentwickeln und vermenschlichen – sie will sie nicht verteufeln oder abbauen.“ Sie mache „aus statistischem Maximalwachstum keinen Fetisch – aber sie macht erst recht keinen Fetisch aus einem ‚Nullwachstum‘“.

Löwenthals Rat an seine Partei: Die Identitätskrise sei nur zu überwinden, wenn sich die SPD „klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheidet . . . Wenn die Partei um der Integration dieser Gruppen willen eine klare Entscheidung vermissen läßt, kann sie nur sich selbst desintegrieren“.

Viele Empfänger des Renger/Löwenthal-Papiers reagierten verwirrt. Der hessische Ministerpräsident Holger Börner, obwohl inhaltlich bei Löwenthal, verweigerte seine Unterschrift. Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Friedhelm Farthmann befand die Thesen „mit Verlaub etwas zu dünn“. Er habe „noch nicht ganz die Hoffnung aufgegeben“, eine Synthese zwischen der kritischen Jugend und „der großen Mehrheit der

Berufstätigen“ zu finden. Man könne nur abraten, so teilte er Frau Renger mit, „im gegenwärtigen Zeitpunkt Positionen zu frühzeitig festzulegen“.

Andere Briefempfänger unterschrieben bereitwillig die Löwenthal-Thesen: die Gewerkschaftsvorsitzenden Adolf Schmidt (IG-Bergbau) und Karl Hauenchild (IG-Chemie), der SPD-Senior Herbert Weichmann und Bundestagsvize Georg Leber, ebenso der Vorsitzende des mitgliederstärksten SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann. Doch die wichtigste Unterschrift kassierte Annemarie Renger im Bundeshaus: vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner.

Was die anderen Adressaten aus dem Anschreiben nicht erfuhren, mußte dem Fraktionschef von Anfang an klar sein: Die Unterschriftenaktion, die gemäß Renger-Regie am 5. Dezember abgeschlossen sein sollte, ist nur der Auftakt einer Aktion, die am 10. Dezember in der SPD-Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ fortgesetzt wird. Chefredakteur des Blattes: Herbert Wehner. Dort erscheint ein weiterer Löwenthal-Aufsatz, in dem der Verantwortliche für die Öffnung der Partei benannt wird: Willy Brandt.

Der Parteivorsitzende, so schrieb Löwenthal in seinem Manuskript für die



Brandt-Kritikerin Annemarie Renger
Front gegen Ökopaxler

„Neue Gesellschaft“, habe es sich mit seinem Integrationskurs „etwas zu leicht gemacht“. Der Politologe warnt die SPD, Zweifel am Berliner Parteitagbeschuß zur Nachrüstung aufkommen zu lassen und die Politik der Regierung zu unterlaufen. Von der Haltung der Parteiführung „und insbesondere des ersten Vorsitzenden“ hänge es ab, ob es der SPD gelinge, die Parteibasis zu überzeugen.

Zwar gesteht Löwenthal dem SPD-Chef zu, kein Gegner der Nachrüstung zu sein, jedoch habe Brandt selbst Zweifel wegen seiner „angeblich pazifistisch-

neutralistischen Haltung“ aufkommen lassen. Er habe sich nicht deutlich genug gegen dieses Etikett gewehrt und sich nicht ausreichend von der Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober distanziert. Vor allem aber habe er versäumt, die Parteimitglieder vor einer Teilnahme an der Demo zu warnen.

Löwenthals Urteil: „Brandt hat das nicht tun wollen – und das hat auf die Partei nach meinem Eindruck nicht integrierend gewirkt, sondern die innerparteilichen Spannungen verschärft.“

Die Brandt-Schelte, von den Kanalarbeitern der SPD-Fraktion angeregt und mit Wehners Unterschrift versehen,



Brandt-Kritiker Löwenthal, Parteichef: „Etwas zu leicht gemacht“

könnte die Genossen noch weiter auseinanderreiben – in ein Brandt- und ein Schmidt-Lager, die sich in der Diskussion über den Weg der Partei unversöhnlich gegenüberstehen. Und dies in einer Zeit, in der die SPD in Bund, Ländern und Gemeinden so schlecht dasteht wie nie zuvor in den zwölf Jahren der sozial-liberalen Koalition.

Brandt hat die Gefahr erkannt: „Wer an eine Koalition von Kanälern und Gewerkschaftern glaubt, ist auf dem Holzweg.“

Nach der Lektüre des Löwenthal-Papiers nutzte er in der vorletzten Woche eine Veranstaltung mit Gewerkschaftern in Mannheim, um sich gegen die „guten Freunde“ zu wehren, die ihm unterstellten, er sehe für die SPD keine „Perspektive außerhalb der arbeitsteiligen Industriegesellschaft“. Spannungen gebe es nicht zwischen SPD und Gewerkschaften, „sondern von Gewerkschaften und SPD“ im Verhältnis zu „Regierung und Koalition“.

Mit deckungsgleichen Argumenten pflichtete ihm der DGB-Vorsitzende

Heinz Oskar Vetter bei, der bis zum Freitag voriger Woche den Löwenthal-Aufruf nicht unterschrieben hatte: „Gerade in Generationskonflikten wie heute ist die Fähigkeit der etablierten Organisationen, sich neuen Fragen zu stellen und Generationen zu gewinnen, entscheidend für uns alle. Deswegen möchte ich die Bemühungen Willy Brandts in dieser Richtung ausdrücklich begrüßen.“

„Die ökologische Geschichte ist kein Problem von Randgruppen“, wehrt sich Brandt, „diese Polemik geht an der Sache vorbei.“

Parteigeschäftsführer Peter Glotz assistiert: „Wenn zur Zeit rund fünf Prozent



der Wähler am jeweilig nächsten Sonntag grün wählen würden und wenn das Potential dieser Gruppierungen bei 15 oder 20 Prozent liegt, dann kann man nicht mehr gut von Randgruppen reden“ (siehe SPIEGEL-Essay, Seite 106).

Fast belustigt nimmt Brandt den Vorwurf zur Kenntnis, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätten ihre Ursache darin, „daß die Regierung zuviel für den Umweltschutz getan hat. Ich habe von Helmut Schmidt gelernt, es läge vor allem an den hohen Zinsen“.

Dennoch hält der SPD-Chef die Diskussion über die Ausrichtung der Partei für unausweichlich: „Auch ohne Löwenthal wird die SPD auf dem Münchner Parteitag darüber reden, wie sie ihre Mißerfolge und ihre Einstellung zur alternativen Bewegung beurteilt.“

Einer hat sein Urteil schon gefällt. Helmut Schmidt ließ kürzlich vor kleinem Kreis seinem Unmut freien Lauf. Er finde so viel Zustimmung im Volk, polterte der Kanzler, daß er sich um die Partei nicht mehr kümmere. Sie interessiere ihn nicht mehr. ◆